

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

en, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: [REDACTED] Wilhelm Adametz

10. August 1948

Blatt ¹¹⁰² 2007

Das Strafverfahren gegen Oberamtsrat Mössler eingestellt

=====

Im Zusammenhang mit einem versuchten Wohnungsschwindel, der im Juli v.J. aufgedeckt wurde, sind gegen Oberamtsrat Oswald Mössler und die Beamten Elisabeth Wurm und Josef Kleinpeter vom Wohnungsamt Beschuldigungen erhoben worden. Die Genannten wurden wegen des Verdachtes des Mißbrauches der Amtsgewalt und der Verleitung dazu in strafgerichtliche Untersuchung gezogen. Gleichzeitig hat die Gemeindeverwaltung das Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien wurde mit Schreiben vom 17. Juli 1948 vom Landesgericht für Strafsachen Wien verständigt, daß die gegen Mössler, Wurm und Kleinpeter eingeleitete Voruntersuchung gemäß § 109 Strafprozeßordnung, auf Antrag des Staatsanwaltes eingestellt wurde. Die von der Stadtverwaltung eingeleitete Disziplinaruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Oberamtsrat Mössler und seine Mitarbeiter wurden seinerzeit beschuldigt, die Erledigung von Wohnungsgesuchen, für die von einem Vermittlungsbüro bei Mössler intervernirt wurde, beschleunigt zu haben. Daraus wurde die Vermutung abgeleitet, daß die Intervention sich nicht allein auf die Beschleunigung beschränkt, sondern eine Begünstigung angestrebt und erwirkt hat und daß die Beschuldigten diese Interventionen nicht uneigennützig gemacht, sondern dafür Geschenke genommen haben dürften.

Polizei und Staatsanwaltschaft haben ein volles Jahr lang die gegen Mössler vorgebrachten Beschuldigungen untersucht und die Akten geprüft. Die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens zeigt, daß für die Beschuldigungen der Bestechung und des Amtsmißbrauches, die in der Öffentlichkeit gegen Mössler und gegen Beamte des Wohnungsamtes erhoben wurden, sich keine Anhaltspunkte ergeben haben.

Übersiedlung der Magistratsabteilung 29
=====

Die Magistratsabteilung 29 - Brücken- und Wasserbau - befindet sich ab 16. August 1948 im Rathaus, IV. Stiege, Halbstock.

Ausgabe der Anträge für Fleischverbilligungsscheine
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Anträge für Fleischverbilligungsscheine werden durch die Kartenstellen ausgegeben. Auf einem Teil dieser Antragsformulare werden als Familienangehörige auch die Eltern (Großeltern) angeführt. Es wird mitgeteilt, daß Eltern (Großeltern), auch wenn sie in der gleichen Wohnung wohnen, als nicht zum Haushalt gehörig gerechnet werden und daß daher für diese ein eigenes Formular auszufüllen ist.

Daher wird zum Bruttoeinkommen eines Haushaltes das Einkommen der Eltern (Großeltern) nicht eingerechnet.

Die Abgabe der Anträge erfolgt nicht über den Hauswart, sondern vom Haushaltsvorstand oder dessen Stellvertreter direkt an die Kartenstelle.

Termine über die Abgabe der Anträge sowie über die Ausgabe der Fleischverbilligungsscheine werden in der Presse rechtzeitig bekanntgegeben.

Junge Engländer - Gäste des Bürgermeisters
=====

Ende Juli kamen 36 junge Engländer, Mittelschüler und Jungarbeiter nach Wien, um im Rahmen der Aktion "Jugend am Werk" am Wiederaufbau Wiens mitzuarbeiten. Diese wurden heute von Bürgermeister Körner, im Beisein des Vizebürgermeister Honay, der Stadträte Afritsch und Flödl zu einer kleinen Abschiedsfeier geladen.

Der Bürgermeister dankte den jungen englischen Freunden für die geleistete Hilfe und betonte, daß es ihn besonders freue, daß sie so beispielgebend für die Wiener Jugend wirkten.

10. August 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2009¹¹⁰⁸

Raimundtheater-Konzession neu vergeben
=====

Da Direktor Fritz Imhoff die Konzession für das Raimundtheater, die ihm für das kommende Spieljahr wieder verliehen wurde, vor kurzem zurückgelegt hat, mußte diese neu verliehen werden. Um die Konzession haben sich Wilhelm Gyimes, Nico Dostal, Fritz Eckhardt und Rudolf Marik beworben. Da die bevollmächtigten Vermögensverwalter des Raimundtheaters einen Pachtvertrag mit Direktor Rudolf Marik abgeschlossen haben und die zur Stellungnahme berufenen wirtschaftlichen Körperschaften gegen eine Verleihung der Konzession an den Genannten keine Bedenken erhoben oder diese sogar befürwortet haben, hat heute Bürgermeister Körner die Konzession für das Raimundtheater an Direktor Marik verliehen. In der Konzession wird bestimmt, daß Direktor Marik bis zum 1. September 1948 die Bereinigung jener Punkte des Pachtvertrages nachzuweisen hat, über die derzeit noch verhandelt wird. Um den bestehenden Schwebezustand, der einer zeitgerechten Wiederaufnahme des Theaterbetriebes hinderlich und für alle Betroffenen von Nachteil ist, raschest zu beenden, hat sich die Gemeindeverwaltung, trotzdem einige Punkte des Pachtvertrages noch offen, dieser aber im Wesentlichen vereinbart ist, zur Erteilung der Konzession entschlossen.